

Deutschland.

Berlin, 7. Dezember. Se. Maj. der König begab sich am Mittwoch Abends in das Hotel des Hausministers v. Schleinitz und verweilte in dessen Soirée bis nach 12 Uhr. Außer den hohen Herrschaften waren auch die Botschafter Englands und Frankreichs und mehrere Minister dort anwesend. Gestern Vormittag empfing Se. Majestät den Maler Professor Heydeni welcher einige Skizzen vom Kriegsschauplatz vorlegte, nahm darauf im Beisein des Gouverneurs Grafen Waldersee und des Stadtkommandanten von Alvensleben die Meldungen des Kommandeurs der 20. Infanterie-Brigade, Generalmajor Wittich, des Kommandeurs des 16. Husaren-Regiments, Oberst v. Schmidt u. entgegen und arbeitete alsdann mit dem Kriegsminister v. Roon, dem General v. Podbielski und dem Militär-Kabinett. Mittags 1 Uhr fuhr Se. Maj. mit den königlichen Prinzen ins Schloß, begrüßte den Kronprinzen von Dänemark und empfing alsdann dessen Gegenbesuch. Nach dem Vortrage des Minister-Präsidenten Grafen v. Bismarck fand dem Kronprinzen v. Dänemark zu Ehren im königlichen Palast Familientafel statt, an der auch der Herzog Elmar v. Oldenburg, der Prinz Heinrich von Hessen und der Prinz Nikolaus von Nassau theilnahmen. Das Gefolge des hohen Gastes speiste im Schlosse. Abends erschien Se. Majestät der König mit den übrigen hohen Herrschaften in der Oper und empfing alsdann die Durchlauchtigste Gemahlin bei der Ankunft von Weimar auf dem Anhalter Bahnhofe.

Der Kronprinz von Dänemark wird, wie wir erfahren, am Sonntag früh den königlichen Hof verlassen und mit dem Gefolge die Rückreise nach Kopenhagen fortsetzen. Morgen findet ihm zu Ehren bei den Kronprinzlichen Herrschaften große Tafel statt.

3. Maj. die Königin hat, noch aus Koblenz, unterm 28. November auf den Bericht des königl. General-Gouverneurs in Kassel dem Damen-Comité, welches im vergangenen Sommer zur Pflege der Verwundeten in jener Stadt sich gebildet hatte, das folgende an die Vorleserin gerichtete und von der „H. M.-Ztg.“ veröffentlichte huldvolle Schreiben zugehen lassen: „Ich habe mit großer Theilnahme und Freude gehört, wie aufopferungsvoll während des letzten Krieges der unter Ihrer Leitung stehende Kaffeler Frauenverein, aus allen Theilen des Landes unterstützt, sich der verwundeten Krieger angenommen hat. Wiewohl der schönste Dank für jede wahrhaft patriotische That in ihr selbst liegt, so kann ich es mir doch nicht versagen, dem Vereine und Ihnen insbesondere auch meinerseits zu danken und zugleich meine volle Anerkennung auszudrücken.“

Am schwarzen Brett der Universität befindet sich seit einiger Zeit folgender Anschlag: „Das königliche Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beabsichtigt, einige junge Leute dem königlichen Konsulate in Japan zum Zweck der Erlernung der Landessprache und späteren Verwendung als Dolmetscher zu attachiren. Studirende der hiesigen Universität, welche das 23. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, der englischen und französischen Sprache vollkommen mächtig sind und eine derartige Stellung anzunehmen bereit wären, werden ersucht, sich schriftlich zu melden bei dem königl. Consul v. Brand, Jägerstraße 73.“

Wenn der Times-Korrespondent in Philadelphia gut unterrichtet ist, so sind es nicht nur England und Frankreich, welche sich amerikanischer Drohungen und Forderungen zu versehen haben; auch mit Preußen glauben die Vereinigten Staaten ein Hühnchen rupfen zu müssen. Es soll nämlich in einer der ersten Sitzungen des Kongresses eine Resolution eingebracht werden, welche die Behandlung, die amerikanische Staatsbürger ausländischer Geburt während des Krieges von Seiten der preussischen Regierung erfahren haben, zum Gegenstande diplomatischer Nachforschungen machen will. Preußen wird nämlich beschuldigt, amerikanische Bürger zum Dienste in seinem Heere gezwungen zu haben. Wie man hört, findet das Verhalten des Unions-Gesandten in Bezug auf diese Frage nicht die Billigung der Washingtoner Regierung, und die Stimmung des amerikanischen Volkes ist eine solche, daß eine auf den Grund gehende Untersuchung der Angelegenheit geboten sein wird. Die „Kr. Ztg.“ bemerkt dabei: Solche Streitigkeiten sind schon oft vorgekommen und erledigt worden.

Die „N. A. Z.“ schreibt: Es hat nun auch die Regierung von Hessen-Darmstadt sich bereit erklärt, ihre Bevollmächtigten für die Beratung des Entwurfs der Verfassung des norddeutschen Bundes zum 15. Dezember hierher zu senden und die Wahlen so anzuordnen, daß das Parlament zum 1. Februar einberufen werden könne. So viel man aber vernimmt, hat diese Regierung bis jetzt noch gar keine Vorbereitungen für die in Oberhessen vorzunehmenden Parlamentswahlen getroffen, man wird daher Mühe haben, dieselben noch zur rechten Zeit zu Stande zu bringen, wenn nicht sofort sehr energisch mit den nöthigen Anstalten vorgeschritten wird. Einen erfreulichen Gegensatz zu der dortigen Säumnis bildet das rasche Vorgehen einer andern Regierung, welche auch erst durch den Friedensschluß dem norddeutschen Bunde beigetreten ist, der königlich sächsischen nämlich; von Seiten dieser Regierung ist in der That frühzeitig alles Erforderliche zur Vorbereitung der Wahlen geschehen.

Der neulich in Kürze mitgetheilte Allerhöchste Erlaß Sr. Majestät des Königs, die Agitationen in Hannover betreffend, lautet vollständig:

„Ich ermächtige Sie hierdurch, jeden Beamten der Ihrer Verwaltung anvertrauten Provinz, sobald Sie es im Interesse Meines Dienstes für erforderlich halten, ohne weitere Rückfrage vom Amte zu suspendiren. Von dieser Ermächtigung haben Sie unverzüglich Gebrauch zu machen in Betreff aller derjenigen Beamten, auf deren rückhaltlose Mitwirkung behufs Ausführung Meiner Ihnen bekannten Intentionen Sie nicht glauben rechnen zu können. Für die

provisorische Vertretung der suspendirten Beamten ist Sorge zu tragen und behufs Meiner definitiven Entscheidung über die Frage der Dienstentlassung an das Staatsministerium zu berichten. Diejenigen der ehemaligen hannoverschen Armee angehörigen Militärpersonen, welche sich an Agitationen und Demonstrationen gegen Meine Regierung mittelbar oder unmittelbar betheiligen, haben Sie unverzüglich nach der Festung Minden abführen zu lassen, damit gegen dieselben die weitere kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet werden kann. Solche Individuen, welche sich Beleidigungen gegen uniformirte Militärpersonen, letztere mögen sich im Dienst befinden oder nicht, zu Schulden kommen lassen, haben Sie sofort aufgreifen und nach Minden abführen zu lassen, woselbst sie bis zu Meiner weiteren Verfügung eventuell bis zur definitiven Ordnung der Verhältnisse zu detiniren sein werden. Für die sofortige und pünktliche Ausführung dieses Meines Befehles mache ich Sie persönlich verantwortlich.“

Den „Hamb. Nachr.“ schreibt man: In den Ressortverhältnissen des Handelsministeriums dürften in nächster Zeit wesentliche Veränderungen zu erwarten sein. Wie bei der Telegraphen-Verwaltung schon jetzt Provinzial-Direktionen eingerichtet werden, sollen auch in Kürze bei der Post-Verwaltung durch Einziehung der kleineren Bezirks-Direktionen Provinzial-Ober-Postdirektionen geschaffen werden. Folgerecht werden dann die Befugnisse der Ober-Post-Direktoren auch entsprechende Erweiterungen erfahren. Von einer Trennung der Telegraphie von der Post-Verwaltung, über welche vor längerer Zeit ein als glaubwürdig hingestelltes Gerücht auftauchte, scheint man abzusehen, vielmehr verlautet, daß diese beiden Verwaltungen zu einem gemeinsamen selbstständigen und unabhängigen Staatsinstitute, wie unter v. Schaper und Nagler, erhoben werden sollen; wie es heißt, haben über diese Angelegenheit vor etwa drei Wochen schon im Staatsministerium eingehende Besprechungen stattgefunden.

Vom königlich preussischen Finanzministerium ist mit der Herausgabe eines Werkes „Die Ergebnisse der Grund- und Gebäudesteuerveranlagung“ begonnen worden, welches nach Umfang und Inhalt als eine der hervorragendsten Erscheinungen unserer Literatur bezeichnet zu werden verdient. Es ist ein auf breiter Grundlage angelegtes Unternehmen, wie es bisher in keinem Lande zur Ausführung gekommen ist, ein Denkmal echt preussischen Geistes, bestimmt, noch nach Jahrhunderten Zeugniß abzulegen von dem Schaffen und Wirken unserer Zeit. Das Werk weist für jeden einzelnen Gemeindebezirk und jeden einzelnen selbstständigen Gutsbezirk in den bisherigen 8 Provinzen des preussischen Staats:

1. Die Zahl der Einwohner am 3. Dezember 1864,
2. den Flächeninhalt und den Gehalt der Grundsteuer-Veranlagung ermittelten Reinertrag der einzelnen Kulturarten (Ackerland, Gärten, Wiesen, Weiden, Holzungen, Wasserstücke, Oedland und Unland) im Ganzen und der einzelnen Bonitätsklassen derselben,
3. den Flächeninhalt, den Reinertrag und die Grundsteuer der steuerpflichtigen Liegenschaften,
4. den Flächeninhalt und den Reinertrag der steuerfreien Liegenschaften,
5. die Anzahl der Besitzer und der Besitzstücke,
6. den Flächeninhalt der wegen ihrer Benutzung zu öffentlichen Zwecken entraglosen Grundstücke (Wege, Eisenbahnen, Flüsse, Bäche u. c.),
7. den Flächen-Inhalt der Hofräume, Gebäudelflächen und nicht über einen Morgen großen Hausgärten,
8. den Flächen-Inhalt und den Reinertrag aller Liegenschaften zusammen,
9. die Anzahl der Wohngebäude und der steuerfreien Gebäude, so wie den Betrag der zu entrichtenden Gebäudesteuer,
10. die zu jedem Gemeinde- oder selbstständigen Gutsbezirk gehörenden, besondere Namen tragenden Wohnplätze, in tabellarischer Form übersichtlich nach. Außerdem sind für jeden landrätthlichen Kreis,
11. Nachrichten über die Vertheilung der Einwohner, des Flächen-Inhalts und des Reinertrags, so wie der Grund- und Gebäudesteuer auf

a) die städtischen Gemeindebezirke,
b) die ländlichen Gemeindebezirke,
c) die selbstständigen Gutsbezirke,

so wie
12. die Ergebnisse der Viehzählung vom 3. Dezember 1864 beigefügt.

Um das Werk dem allgemeinen Nutzen in ausgedehntestem Maße zugänglich zu machen, ist die Einrichtung getroffen, daß es sowohl in einzelnen Bänden, deren jeder einen Regierungsbezirk umfaßt, als auch in kleineren Heften für jeden landrätthlichen Kreis bezogen werden kann. Der Orbit ist, wie wir vernehmen, seitens des königlichen Finanz-Ministeriums zunächst den Regierungen übertragen.

Berlin, 6. Dezember. (Abgeordnetenhaus.) 38. Sitzung. (Schluß aus dem heutigen Morgenblatt.) Es folgt der mündliche Bericht der Geschäfts-Ordnungskommission über die Frage: ob durch die vom 1. Januar lat. ab erfolgte Besetzung des Abg. Kreisgerichtsdirektors Sello als Direktor an das Kreisgericht zu Potsdam, dessen Mandat als Abgeordneter als erloschen zu betrachten ist. Berichterstatter ist der Abg. Kraß (Schabbach), er empfiehlt dem Hause das Mandat schon jetzt für erloschen zu erklären und motivirt seinen Antrag durch Art. 78 der Verfassungs-Urkunde. Daburch, daß die Ernennung erfolgt und dieselbe vom Abg. Sello angenommen, sei das Mandat desselben erloschen. — Abg. Heyse: dieser Interpretation kann ich nicht beitreten. Die Verfassung spricht ausdrücklich von dem „Eintritt“ in das Amt. Der Abg. Sello ist aber noch nicht in das Amt eingetreten, darum kann sein Mandat jetzt noch nicht als erloschen betrachtet werden. Abg. Dr. Koch: Daburch, daß Abg. Sello die Ernennung angenommen, ist auch der Antritt des Amtes erfolgt. — Abg. Graf Schwerin: Ich war in der Sitzung der Geschäftsordnungs-Kommission

nicht zugegen, würde mich aber der Einstimmigkeit derselben angeschlossen haben, denn die Verfassung spricht nicht nur von dem Eintritt in, sondern auch von der Annahme eines Staatsamtes. Abg. Graf Schulenburg (Salzwebel). Der Eintritt und Annahme erfolgt erst dann, wenn Herr Sello die Funktion übernimmt, und das Gehalt bezieht. Alle Gesetze lassen sich umgehen (große Heiterkeit) so auch dieses durch eine beliebige Interpretation. — Abg. v. Flottwell spricht in gleicher Weise für die Verwerfung des Kommissions-Antrages. — Abg. Dr. Simon. Davon, wie Sie (rechts) die Sachlage auffassen, sagt die Verfassung nichts. Ich werde für den Kommissionsantrag stimmen, denn wir haben hier das Recht der Verfassung und des Wahlkreises zu wahren. Nachdem noch der Referent gesprochen und nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Heyse wird der Kommissionsantrag mit sehr großer Majorität angenommen. Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abgg. Afmann, v. Kother, Graf Oppersdorff, v. Zander werden genehmigt. — Dann folgt die Beratung des Etats des Kultusministeriums. Dieselbe wird von dem Regierungs-Kommissar Geh. Ober-Regierungsrath Knert durch eine allgemeine Uebersicht eröffnet. — Zur allgemeinen Diskussion nimmt das Wort der Abg. Jung: Das Ministerium kann doch nicht glauben, daß wir ihm so ohne Weiteres seinen Etat bewilligen. Das kann man nur bei einem Ministerium, bei dem man, um mit einem Worte es auszudrücken: „Morgenluft wittert.“ (Heiterkeit.) Ein Ministerium, das die Freiheit der Lehrer, sowohl in bürgerlicher, als auch in ihrer amtlichen Stellung beschränken will, kann unsere Zustimmung nicht finden. Ich verlange eine eheliche Erfüllung des Art. 15 der Verfassung, durch die es dem Ministerium gelingen könnte, einen großen protestantischen Staat in Norddeutschland zu schaffen; der leider jetzt einem Kabinettsministerium unterliegen muß. Mit Rücksicht auf unsere neuen Provinzen wünsche ich ein Einlenken des Ministeriums. — Abg. Dr. Löwe (Wachum). Ich wünsche, daß das für Staat und Kirche verderbliche Band gelöst werde und frage den Hrn. Minister, ob wir nun endlich werden die Rechte des Art. 15 der Verfassung als Protestanten genießen können, wie dies schon so lange mit der katholischen Kirche der Fall ist. — Ein Antrag auf Schluß der General-Diskussion wird abgelehnt. — Abg. Dr. Wutke vertheidigt die Regierung, ist aber auf der Journalistentribüne wegen seiner schwachen Stimme unverständlich. — Abg. Cassel. Die Angriffe von jener Seite kommen mir vor wie ein Gigantensturm gegen den Himmel. Sie alle werden aber die Gedanken, Lehren oder Bestrebungen des Kultusministeriums nicht erschüttern. Was einige kluge Leute in einer Stunde alles fragen, können Hunderte in Jahren nicht beantworten, geschweige denn noch wissenschaftlich widerlegen. Wer nicht regiert, der opponirt und Sie vertreten eine Opposition, die keine Opposition duldet. Wenn man die liberale Presse hört, so sollte man denken: „die arme geknechtete liberale Presse!“ und dennoch gewinnt sie immer mehr an Ausdehnung, während wir eigentlich gar kein Blatt zur Vertretung unserer Interessen haben. Ich achte Viele, die auf jener Seite und schäme sie sehr hoch. Allein wir verlangen auch Gleichberechtigung für unsere Ansichten. Als ich das erste Mal hier sprach, überkam mich eine eigenthümliche Scheu, ich glaubte in einem Saal von Königen zu sprechen. Das ist keine Ironie, denn, Meine Herren, absolut genug sind Sie schon dazu. Alle Ihre Angriffe werden nicht von Erfolg sein. Man muß die Sachen sachlich behandeln. (Auf: zur Sache!) Ich bin bei der Sache, Sie sind der Gegenstand und über diesen Gegenstand habe ich noch viel zu sagen. (Unruhe und Heiterkeit.) Preußen hat seit lange keinen Kultusminister gehabt, der so unbefangenen immer die Sache im Auge behielt, wie der gegenwärtige, der sich so gewissenhaft aller äußeren Einflüsse entziehen hat. Aber Sie werden so lange angreifen, bis Sie selbst berechnen und das, was Sie jetzt angreifen, selbst vorzunehmen die Ehre haben werden. (Der Redner nimmt ein Glas Wasser. Pause. Heiterkeit.) Es thut mir leid, daß ich kein anderes Getränk habe. Sie haben ja neulich gesagt: wer Wein redet, muß auch Wein trinken. (Gelächter.) Doch nun zur Sache. Der letzte Krieg hat gezeigt, daß der Geist des Kultusministeriums ein guter Geist ist: die Soldaten gingen mit christlich gebildetem und religiösem Geist in den Kampf, der nur dadurch ein gutes Ende nahm, und mit Dank gegen Gott zogen sie aus ihm hinaus. Von Ihnen als liberalen Männern verlangen wir, daß Sie auch unsere Ansichten schätzen und schützen. Sie reden gegen den Terrorismus und Sie brauchen ihn am meisten und auf alle Art, in der Presse, in der Kammer, in der Gesellschaft, im Umgang. Aber Sie werden die Minister damit nicht stürzen, denn in Preußen wirt man eine Citrone nicht weg, wenn man sie ausgepreßt hat, und man verkauft sie auch nicht. Lassen Sie deshalb den Sturm gegen das Ministerium, seien Sie friedlich und gerecht auch gegen die Feinde! (Bravo rechts. Heiterkeit links.)

Kultusminister v. Müller: Ich erinnere heute nur an Art. 15 der Verfassung, welcher den Ausbau der evangelischen Kirche ihrer eigenen Kraft überläßt, und bemerke, daß die Vorschläge von 1846 noch heute als Maßgabe alles dessen dienen, was seit 1850 zur Entwicklung der evangelischen Kirchenverfassung geschehen ist. Die Einsetzung von Oberkirchenbehörden, von Kirchenräthen, von Synoden, das alles sind Dinge, welche schon damals als Aufgaben bezeichnet wurden, deren Erreichung zu erstreben sei. Herr Dove hat gesagt, man werde doch den neuen Landesstellen ihre kirchlichen Freiheiten nicht rauben wollen; das stimmt wieder nicht mit den Wünschen des Herrn Jung, welcher eine konstituierende Versammlung will. Ich befinde mich bei einer solchen Debatte in einer sehr schwierigen Lage, da ich die Waffen, welche in einer politischen Diskussion sonst erlaubt sind, hier nicht anwenden kann. Nur ein kurzes Wort will ich erwähnen, das mir von einem einfachen Landprediger zugekommen ist, welches mir sehr wohlgefallen hat. Er dankt mir besonders dafür, daß während der Zeit, daß ich die Ehre habe, dieses Ministerium zu verwalten, sich die Kirche habe in Frieden bauen können. Ich glaube, dieser einfache Landprediger hat den rechten Punkt getroffen. Wenn sich die evangelische Kirche bauen soll — was der Wunsch aller ihrer treuen Glieder ist — so kann das nur im Frieden geschehen, nicht in heisser politischer Debatte. Ich wünsche also, meine Herren, daß auch von hier aus die Kirche nicht gestört werde, dasjenige, was sie als ihr Bedürfnis und als den Weg gesunder Entwicklung anerkannt hat, zu erreichen und sich in Frieden zu bauen. — Die General-Diskussion wird geschlossen.

In der Spezial-Diskussion werden Titel 1, 2, 3 der Einnahme ohne Debatte genehmigt. Zu Titel 4 (Kultus und Unterricht 14,001 Thaler) liegen folgende Anträge vor: 1) Vom Abg. Richter: die Regierung aufzufordern, daß durch den Friedensvertrag mit Sachsen vom 21. Oktober (Art. 20) ihr unbeschränkt überlassene jus reformandi auf die Stifter Merseburg, Naumburg und Zeitz dahin anzuwenden, daß 1) keine neuen Anwartschaften ertheilt, und Niemand in den Besitz einer Stelle gesetzt werde; 2) die Einkünfte der genannten Stifter fortan ausschließlich für kirchlichen und Unterrichtszwecke verwendet werden. — 2) Vom Abg. v. Carlowitz: im Falle der Ablehnung des Richter'schen Antrages die Regierung aufzufordern, diejenigen Summen, welche die genannten Stifter dadurch erzipen, daß in Folge des Friedensvertrages mit Sachsen die Kompetenzen der Leipziger Professoren in Wegfall kommen, fortan zu kirchlichen Unterrichtszwecken zu verwenden.

Abg. Richter: Der Antrag liegt nicht zum ersten Mal vor. Als 1815 die Stifter an Preußen abgetheilt wurden, wurde die Reform gleich in Aussicht genommen und 1847 die Grundlage gelegt durch eine Kabinetts-Ordnung, durch welche schon die Prinzipien, auf denen mein Antrag basiert, sanctionirt werden. Die ganze Reform von 1822 bis 1864 hat damit abgeschlossen, daß eine Anzahl Stiftsgelder wieder in die Domkapitel gekommen sind. Mein Antrag basiert also auf den Erklärungen von Kabinetts-Ordres, ist also konservativ, und ich hoffe, daß er von jener Seite wird angenommen werden. Ich wünsche nicht, den Antrag einer Kommission zu

überweisen, da das doch nicht geschehen wird, wenn die Regierung sich zu einer Vorlage entschließt, andernfalls aber überflüssig wäre. Es handelt sich um Befestigung einer Reliquie, welche aber keine heilige mehr ist. (Bravo!)

Abg. Kohlen beantragt, die Anträge der Herren Richter und v. Carlowitz zur Vorbereitung der Budget-Kommission zu überweisen, um zuvor festzustellen, ob diese Stifter Staatseigentum sind oder nicht. — Abg. Ebert wünscht die Wahl einer besonderen Kommission. Die Anträge Kohlen und Ebert werden fast einstimmig, ein dritter Antrag Hoyer bed auf Verweisung an die Justiz-Kommission mit großer Majorität abgelehnt.

Regierungs-Kommissar Piper fährt aus, daß die Landesvertretung nicht kompetent sei, über die Verwendung der Einkünfte der Stifter einseitig zu beschließen, sondern daß es nach dem Reichsdeputationshauptschlusse Sache des Landesherren sei, den Zeitpunkt zu bestimmen, in welchem die Stifter zu Staatseigentum erklärt werden. Äußerungen, daß die Stifter eine Reliquie seien und nicht einmal eine heilige, daß die königlichen Gnadenbezeugungen ein öffentliches Aergerniß seien, müsse die Regierung bedenken. — Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag Richter angenommen, nachdem das Bureau die Gegenprobe hat machen müssen.

Sämmtliche Titel (bis 6.) der Einnahmen werden ohne Diskussion erledigt. Präsident v. Forckenbeck schließt auf allgemeinen Wunsch die Sitzung um 3 1/2 Uhr. Zuvor erwidert er sich noch die Ermächtigung, Kommissare zur Verhandlung mit dem Marine-Ministerium und Vorprüfung des Marine-Stats zu ernennen, erhält sie und ernannt die Herren Heise, Stavenhagen, Harfort, v. Vinde (Olbenborn) und Schmidt (Randow). Die Einverleibung der Herzogthümer kann morgen noch nicht auf die Tages-Ordnung gesetzt werden, da die Annerions-Kommission sich zuvor über die heute eingebrachte Vorlage des Finanz-Ministers (bestehend aus dem Gesetzentwurf und dem Vertrage mit dem Großherzog von Oldenburg) informieren muß. Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. Fortsetzung des Etats des Kultus- und Etat des Kriegsministeriums.

Der für den verflohenen September oder Oktober bestimmte sechste internationale statistische Kongreß, welcher in Florenz abgehalten werden sollte, aber wegen des Krieges ausgesetzt bleiben mußte, ist, der „A. A. Z.“ zufolge, nun für das nächste Jahr in Aussicht genommen. Er soll sechs Tage dauern und während der Zeit der Pariser Ausstellung stattfinden, so daß die Statistiker, welche diese besuchen, damit auch gleich die Reise nach Florenz in Verbindung bringen können. Zum Präsidenten des Kongresses hat der König von Italien den Kronprinzen Humbert ernannt, Präsident der Vorbereitungs-Kommission ist der Marschese Depoli.

Görlitz, 4. Dezember. Wie die Görlitzer Blätter mittheilen, soll der Bürgermeister Hortschansky zum königl. Polizei-Direktor in Rassel designirt und der königl. Ober-Telegraphen-Inspektor Krampff zum Direktor der neu errichteten Provinzial-Telegraphen-Direktion in Hannover ernannt werden.

Hannover, 5. Dezember. Dem „Egl.“ zufolge ist höheren Orts verfügt worden, daß bis zum 18. Dezember im ganzen Lande die preussischen Hoheitszeichen angebracht sein müssen.

Sildesheim, 5. Dezember. Mit Ausnahme des Dirigenten und dreier älterer Mitglieder ist die gesammte Kapelle des ehemaligen hannoverschen 2. Jäger-Bataillons zu der neu zu formirenden Musikkapelle der hiesigen Garnison übergetreten; der letzteren treten außerdem noch vierzehn Musiker des früher in Einbeck garnisonirenden hannoverschen Bataillons bei.

Leipzig, 4. Dezember. Gestern fand wiederum eine Versammlung der liberal-nationalen Partei statt, in der zunächst eine Eingabe an die zweite Kammer wegen Einberufung einer verfassungsmäßigen Volksvertretung vorgelegt und unterzeichnet wurde. Es wurde alsdann zur Debatte über ein Programm für die Wahlen zum Reichstag übergegangen und dasselbe beinahe einstimmig angenommen. Dasselbe gilt zunächst als Ausdruck der Leipziger Parteigenossen, soll aber bei einer Vereinigung mit andern verwandten Kreisen Sachsens als Unterlage für ein allgemeines Parteiprogramm dienen. Nach der „D. A. Z.“ lautet der Eingang dieses Programms: Wir wollen einen selbständigen, kraftvollen Bundesstaat unter einheitlicher Führung. Diese Führung muß ganz und ungeheilt der Regierung des weitauß größten und mächtigsten Staats im Bunde, der preussischen, zustehen. In ihrer Hand muß insbesondere die Militärhoheit im ganzen Gebiete des Bundes, sammt der Vertretung desselben nach außen, vereinigt sein. Ihr gebührt die oberste Leitung in den handelspolitischen und den sonstigen gemeinsamen Angelegenheiten des Verkehrs.

Beim Polizeiamt wird jetzt energisch an den Listen für die Reichstagswahlen gearbeitet; es sind mit Aufstellung derselben außer den mehr die Kontrolle führenden Bureaukranten noch 12 Hülfearbeiter beschäftigt. Dieser eifrigen Thätigkeit der Behörden, um die Sache rechtzeitig zur Ausführung zu bringen, entspricht auch die von den einzelnen Parteien für den bevorstehenden Wahlkampf schon jetzt an den Tag gelegte Mühseligkeit. Die liberal-nationale Partei beabsichtigt zu dem Zwecke in den nächsten Tagen hier eine Konferenz abzuhalten. Es ist allerdings nöthig, daß die Partei sich rechtzeitig organisiere, da von der entgegengegesetzten, partikularistischen Seite aus schon jetzt dem neuen Bunde offene Feindschaft angekündigt wird. Ihre Gegner sprechen geradezu die Absicht aus, das Parlament nur zu dem Zwecke zu beschicken, um seine Aufgabe, die Konstituierung des norddeutschen Bundes, zu vereiteln.

Ausland.
Paris, 5. Dezember. Man beschäftigt sich augenblicklich wieder viel mit dem Heiraths-Projekte des Prinzen Humbert. Der König Viktor Emanuel soll wünschen, daß die Vermählung des Kronprinzen eher stattfinde, als die seines jüngeren Bruders, und da der Herzog von Aosta sich mit der Prinzessin de la Cisterna verlobt hat, so ist man in der Presse geschäftig, für den Prinzen Humbert eine Braut zu finden. Der „Temps“ behauptet jetzt, daß eine Nichte des Herzogs von Modena die Erwählte sein werde. Diese Prinzessin ist von großer Schönheit und besitzt außerdem ein jährliches Einkommen von einer Million Franken.
London, 3. Dezember. In Irland ist die Aufregung bei den wiederholten Nachrichten von Feniervorfällen und Beschlagnahme von Waffen und Munition noch fortwährend im Steigen begriffen. Ueber die letzten Verhaftungen in Dublin ist bis jetzt noch nichts Näheres bekannt geworden. Selbst die Namen von zweien der Inhaftirten sind noch nicht unter das Publikum gekommen, da die Polizei es für nöthig hält, ihre Maßregeln mit der größten Heimlichkeit zu betreiben und jede Mittheilung zu verweigern. Der Name des dritten ist Nicolas Mahony oder Cornelius D'Mahony. Dieser Gefangene, der auch noch unter verschiedenen anderen Namen erscheint, soll durch Schriftstücke, die man bei ihm vorgefunden, die Behörden zu wichtigen Entdeckungen über die Pläne der Feniervorfälle geführt haben.

Newyork, 3. Dezember. Der Kongreß ist heute eröffnet worden. Die Volksgast des Präsidenten hält fest an der bisherigen Johnson'schen Politik und ermahnt den Kongreß, diese anzunehmen. Fremde Nationen, bemerkt die Volksgast, haben dem nationalen Rechte gerechte Berücksichtigung gezeigt. Frankreich zeigte der Unions-Regierung seine Absicht an, den Abzug seiner Truppen aus Mexiko bis zum Frühjahr aufzuschieben. Die Regierung habe jedoch remontrirt und der Präsident hoffe, Frankreich werde den Gegenstand überlegen und die bestehenden Arrangements bestmöglichst, den gerechten Erwartungen Amerika's entsprechend, erfüllen. Die Verhandlungen Betreffs der Alabama-Forderungen haben sich theilweise wegen des englischen Kabinettswechsels verschleppt, doch erwartet der Präsident eine entsprechende freundliche Erörterung. Die Wichtigkeit einer baldigen Schlichtung dieser Frage sei ungeheuer. Der Finanz-Sekretär empfiehlt die Wiederaufnahme der Metallzahlung. Im Jahre 1868 würden die Einnahmen die diesjährigen Ausgaben um 158 Millionen übersteigen.

Pommern.
Stettin, 7. Dezember. Es wird sehr häufig über englische Brutalität Klage geführt und in vielen Fällen ist dieselbe gewiß auch begründet. Dafür spricht wiederum der nachstehende Fall, dessen Richtigkeit wir bei der räumlichen Entfernung von hier, wo sich derselbe ereignet, zwar nicht in seinen kleinsten Details, aber doch in der Hauptsache verbürgen können, da er uns von verschiedenen achtbaren Seiten fast übereinstimmend mitgetheilt ist. Der Sohn eines unserer Mitbürger, des hiesigen Fuhrherrs Schulz, diente auf einem Schiffe, welches sich auf seiner Fahrt im schwarzen Meere befand. Eines Tages wollte Sch. in Begleitung eines älteren zur Besatzung seines Schiffes gehörigen Matrosen in einem Boote nach dem Schiffe zurückkehren, während der Rückfahrt aber wurde es stürmisch und es gelang in Folge dieses Umstandes nicht, das Schiff zu erreichen, vielmehr wurde das Boot mit seinen Insassen weiter in See verschlagen. Endlich zeigte sich in der Anknüpfung eines englischen Schiffes die Möglichkeit der Rettung aus Lebensgefahr, Schulz und sein Genosse hatten um Aufnahme bei dem Kapitän des englischen Schiffes und nachdem sie mit vieler Mühe ihr Boot am Heck (dem hinteren Theile) jenes Schiffes befestigt hatten, erlangten sie nach anfänglicher Weigerung des Kapitäns Aufnahme am Bord des Engländers. Leider aber sollte für Schulz die Freude der Rettung nur von kurzer Dauer sein; der englische Kapitän bestand darauf, daß dieser junge Mann ungeachtet der damit verbundenen großen Gefahr an der Fangleine nochmals in sein Boot zurückkehre, um dort Einrichtung zu treffen, daß dasselbe nicht mit dem ebenfalls am Heck befindlichen englischen Boote zusammenstöße und letzteres dadurch beschädigt werde. Kaum befand sich Sch. wieder im Boote, als dasselbe, von einer Sturzwellen erfaßt, umschlug und derselbe seinen unvermeidlichen Tod fand. Es wurde also auf diese Weise durch einen Mann, dessen Stellung ihn zu besserer Einsicht befähigen mußte, dem es aber lediglich darauf ankam, seinen Willen gegen einen „deutschen Hund“ durchzusetzen, geradezu muthwillig ein Menschenleben geopfert. Die Sache ist indessen betreffenden Ortes zur Anzeige gelangt und wollen wir im Interesse der Menschlichkeit hoffen, daß die verdiente Strafe gegen den Schuldigen nicht ausbleibt.

Der hiesige Rathszimmermeister und Stadtverordnete, Herr Georg Schulz, beging gestern sein 25jähriges Meister-Jubiläum und gab bei dieser Gelegenheit seinem gesammten Arbeiter-Personal auf der Wallbrauerei ein Fest.

Gestern früh wurden dem Gefreiten Krüger aus einer unverschlossen gewesenen Bodenkammer des Hauses gr. Bollweberstraße 69, in der er logirte, 5 Thlr. bares Geld und verschiedene sonstige Gegenstände gestohlen. Der Dieb ist bisher nicht ermittelt.

Aus dem Verkaufsfokale des Kaufmanns Blocher, Heumarkt Nr. 9, sind vor einigen Tagen 10—12 Ellen schwarzer Westenstoff, muthmaßlich von einer bisher nicht ermittelten Frau, entwendet worden.

Morgen Sonnabend, den 8. Dezember, wird im hiesigen Stadttheater (neu einstudirt) zur Aufführung kommen: Margarethe (Kauf), große Oper in 5 Akten von Gounod.

Bermischtes.
Die „Bremer Morgenpost“ theilt von hier Folgendes mit: „In den letzten Tagen machte ein kleiner, älterer Mann, der mit einer blauen Uniform mit goldenen Knöpfen besetzt war, den Versuch, zum Könige zu gelangen. Obgleich man ihm mehrere Male abwies, lehnte er doch stets wieder zurück. Er hatte eine Schrift in der Hand, die er dem Könige persönlich überreichen wollte. Eines Morgens hatte er sich schon sehr früh eingestellt, der König sah zum Fenster hinaus und als er den Mann unten bemerkte, der ihm mit stehender Miene seine Bittschrift entgegenhielt, winkte er demselben, hinauf zu kommen. Man wollte ihm aufs Neue abweisen. „Ah wat, meinte er, moß man keine Umstände, de König het mi wunken, id muß herup.“ Man meldete ihn an. Der König befahl, ihn vorzulassen und der Fremde ging zum Zimmer des Königs. Unterwegs blieb er stehen. Was wollen sie machen, fragte man ihn. „Meent Se denn, dat wie in Bremen so ungebildet sind, um mit Gummischohn na'n König to gohn?“ Er entledigte sich also der Ueberschube, dann trat er ein. Er gab sich als den Bremer Kahnbesitzer Arnecke zu erkennen und überreichte dem Könige eine Bittschrift. Er wollte persönlich wegen Ankauf eines Zoll-Schoners, der auf der Elbe liegt, mit dem Könige verhandeln. Es ward ihm denn auch die Zusage, daß die Sache in Ueberlegung gezogen werden solle. — Niemand ist glücklicher als Arnecke. Wohin er kommt, pflegt er seine Begegnung mit König Wilhelm zu erzählen und hinzuzufügen: „Id heff mit em sprooken, als wenn wie Beide tosamem sprääk.“

Vorgestern Abend wurde in Hannover ein hiesiger Stinzhändler verhaftet, weil er auf offener Straße die jüngste Proklamation des Königs Georg laut vorlas. Aus den Aussagen des Verhafteten vor dem Richter ergeben sich folgende, nicht uninteressante Momente: „Ich bin — sagt er — im Laufe des Donnerstags Nachmittags von einigen Herren aufgefordert worden, ihnen nach einem Gasthause am Cleverthore zu folgen. Dort bekam ich von ihnen eine Flasche Wein und ein Exemplar der Proklamation mit dem Besprechen, daß ich 10 Thaler haben solle, wenn ich diese Proklamation auf den Straßen vorlese. Durch den genossenen Wein aufgeregert, ging ich auf den Vorschlag ein. Als ich die Proklamation schon mehrere Male in der Marktstraße zc. vorlesen,

kam einer der Herren wieder zu mir, nahm sie mir mit dem Bemerkten, daß es nun genug sei, wieder ab, und ich erhielt — Nichts.“ Der Mann hat nun in seinem Rausche noch weiteren Unfug getrieben und ist dabei eben verhaftet worden.

Literarisches.
Braune's vollständige kaufmännische Arithmetik. Gotha. Zweite Auflage. 1865, S. 382.
„Von dem Verfasser Herrn A. Braune ist schon früher in diesem Blatte eine treffliche Leistung, nämlich seine praktische Anleitung zur Erlernung der Buchhaltung rührend erwähnt worden. Die wesentlichen Vorzüge dieser Schrift finden wir bei der vorliegenden neuen wieder: Einfache klare und ungelünstelte Darstellung, überall an gewöhnliche Vorkommnisse des Geschäftslebens anknüpfende Unterweisung, richtiges Maashalten und treffliche Auswahl in der Fülle des Dargebotenen. Auch hier wieder bewährt der Verfasser sein ungewöhnliches Gelehrant. Das Büchlein ist viel mehr, als sein Titel besagt. Das zeigt, um nur aus vielen Beispielen eines herauszugreifen, der Abschnitt über die Münzrechnung, wo den arithmetischen Regeln eine kurze, aber ganz vortreffliche Betrachtung über das Wesen der Münze vorausgeschickt ist.“

Neueste Nachrichten.
Dresden, 6. Dezember. Die Abgeordnetenkammer hat heute in Bezug auf die von der Regierung angekündigten Vorlagen wegen Umänderung der Verfassungsurkunde und des Wahlgesetzes beschlossen, der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit Ausdruck zu geben, daß diese Gesetzentwürfe den Grundfäden der künftigen Verfassung des norddeutschen Bundes, sowie den berechtigten Wünschen nach zeitgemäßer Zusammenfassung der Volksvertretung entsprechen.
Westh, 6. Dezember, Nachmitt. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde der Adressantrag Lidz's nach namentlicher Abstimmung verworfen, während der Antrag Deal's mit großer Majorität zur Annahme gelangte. Morgen wird die Wahl der Adress-Kommission stattfinden.

Schiffsberichte.
Swinemünde, 6. Dezember, Vormittags. Angelommene Schiffe: Bertha, Rose; Johann Gustav, Kubarth von Alao; Johanna, Schröder; Ariel (SD), Breiningen von Hull; Stettin (SD), Thomson von Leith; Grand Duc Alexis (SD), Barandon von Rotterdam. 3 Schiffe in Sicht. Wind: NW. Nebel 14 1/2 F.
— Nachmittags: Heinrich Kobbertus, Kröger von Burntisland. Pommer, Zahnle von Hartlepool. Hans, Schafow; Heyden Carlom, Gade von Sunderland. Korne, Bestab von Christianund. Garibaldi, Ehlert von Kopenhagen. R. W. Barry, Schitt von Jersey. Freischütz, Kröger von Alao. Alfa, Fröken von Bergen. Reform, Pust von Orangemuth. Peter, Bedmann, von Newcastile; letzteres löst in Swinemünde.

Börsen-Berichte.
Stettin, 7. Dezember. Witterung: trübe. Temperatur + 9 ° R. Wind: W.
An der Börse.
Weizen steigend, loco pr. 85 Pfd. gelber 76—82 R bez., 83—85 Pfd. gelber Dezember 81, 81 1/2, 82 R bez. u. Br., Frühjahr 83, 83 1/2 R bez. u. Br., 83 R Gd.
Koggen stille, pr. 2000 Pfd. loco 52 1/2, 54 R bez., Dezember 53 1/2, 54, 53 3/4 R bez., 53 1/2 Gd., Dezember-Januar 53 1/2 R Gd., Frühjahr 52 1/2 R Gd., 53 Br., Mai-Juni 52 1/2 Gd.
Gerste und Hafer ohne Handel.
Rübsel fest, loco 12 1/2 R Br., 12 1/2 R bez., kurze Lieferung 12 1/2 R bez., Dezember 12 1/2, 1 1/2 R bez. u. Br., Dezember-Januar 12 1/2, 1 1/2 R bez., Februar 12 1/2 R bez., April-Mai 12 1/2 R Br., 12 1/2 R Gd.
Spiritus wenig verändert, loco 15 1/2, 1 3/4 R bez., Dezember 15 1/2, 1 1/2 R bez. u. Gd., 15 1/2 Br., Dezember-Januar do., Frühjahr 16, 16 1/2 R bez.
Angemeldet: 20,000 Ort. Spiritus.

Berlin, 7. Dezember, 2 Uhr 5 Min. Nachmittags. Staats-Schuldscheine: 85 1/2 bez. Staats-Anleihe 4 1/2 %, 98 1/2 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 128 1/2 Br. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 93 1/2 Gd. Destr. National-Anleihe 51 1/4 bez. Pomm. Handbriefe 89 1/4 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 175 Br. Amerikaner 6 1/2 %, 75 1/2 bez.
Koggen Dezember 56 bez., 56 1/2 Gd., Debr.-Januar 55 1/2, 56 1/4 bez., Frühjahr 53 1/2 bez., 53 1/2 Gd. Rübsel loco 12 1/2 bez., Dezember 12 1/2, 1 1/2 bez., Dezember-Januar 12 1/2, 1 1/2 bez., April-Mai 12 1/2 bez. Spiritus loco 16 1/2 bez., Dezember 16 1/2, 1 1/2 bez., 16 1/2 bez., 16 Gd., April-Mai 16 1/2, 1 1/2 bez.

Hamburg, 6. Dezember. Getreidemarkt. Loco ruhig, ab Auswärts etwas fester. Termingetride 1618 2 R höher. Weizen pr. Dezember 5400 Pfd. netto 145 Bankothaler Br., 144 Gd., pr. Frühjahr 138 Br., 137 Gd. Roggen pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 88 Br., 87 Gd., pr. Frühjahr 87 Br., 86 Gd. Del sehr still, loco 26, 25 1/2, pr. Mai 27. Kaffee fest, unverändert. Zink ohne Umsatz. — Regenwetter.

Stettin, den 7. December.

Berlin	kurz	—	Pom. Chaus-	
"	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5
Hamburg	..	6 Tag.	152 G	Used.-Wollin.	—
"	..	2 Mt.	151 1/2 G	Kreis-Oblig.	5
Amsterdam	..	8 Tag.	144 G	St. Str.-V.-A.	4
"	..	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4
London	10 Tag.	6 23 1/2 B	Pr. Sec.-Assoc.	—
"	3 Mt.	6 21 1/2 B	Comp.-Act.	4
Paris	10 Tg.	80 1/2 G	Pomerania	4
"	2 Mt.	80 1/2 B	Union	4
Bordeaux	10 Tg.	—	St. Speich.-Act.	5
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5
Bremen	..	8 Tag.	—	Pomm. Prov.	—
"	..	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5
St. Petersburg	3	Wch.	89 1/2 G	N. St. Zucker-	—
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-	—
Preuss. Bank	4 1/2		Lomb. 5 %	Fabrik-Anth.	4
Sts.-Anl. 5457	4 1/2		99 B	Bredow	4
"	5		103 1/2 B	Walzmühl.-A.	5
St.-Schldsch.	3 1/2		85 1/2 bz	St. Portl.-Cem.	—
P. Prim.-Anl.	3 1/2		119 1/2 G	Fabrik	4
Pomm. Pfdb.	3 1/2		79 B	Stett. Dampf	—
"	4		89 1/2 bz	Schlepp-Ges.	5
"	4		90 1/2 G	Stett. Dampf-	—
Ritt. P.P.B.A.	—		92 B	schiffs-Verein	5
à 500 Rtl.	—		—	N. Dampfer-C	4
Berl.-St. Eis.	—		—	Germania	4
Act. Lt. A. B.	4		129 1/4 G	Vulkan	4
"	4		—	Stett. Dampf-	—
"	4 1/2		—	mühlen-Ges.	4
Starg.-P. E.A.	4 1/2		94 bz	Pommerensd.	—
"	4		93 1/2 G	Chem. Fabrik	4
Stett. Stdt-O.	4 1/2		98 B	Chem. Fb.-Ant.	4
Stett. Börs-	—		—	Stettin Kraft-	—
Obligationen	4		—	Dünger-F.A.	—
St. Schausp.	—		—	Gemeinnützige	—
Obligationen	5		—	Bauges.-Anth.	5